

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 2. März 2021

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 23. bis 25. Februar 2021

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 23. bis 25. Februar 2021 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 23. Februar 2021

Nr. 20/185 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die Zukunft der Bremer Innenstadt: Wohin geht die Reise?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/324 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/398 S](#))
2. Gesetzliche Ermächtigungen für Hunderauslauf in Bremen
einführen – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die
öffentliche Ordnung
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/327 S](#))
3. Stärkung der Jugendverbandsarbeit – Rahmenkonzept
entwickeln
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und
der SPD
vom 4. Februar 2021
(Drucksache [20/403 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/186 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Den kommunalen Klinikverbund sichern, die Krankenhauslandschaft in der Stadt Bremen zukunftsfähig gestalten

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/397 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Drittes Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Beiträge für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/404 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Flächennutzungsplan Bremen
13. Änderung
Bremen-Vegesack
(Teichquartier)

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/405 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 13. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die 13. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Veröffentlichung als Amtliche Bekanntmachung.

4. Bebauungsplan 1567 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen
 - Meinert-Löffler-Straße
 - Gleisanlagen der Eisenbahnlinie Farge-Vegesack,
 - Fährer Straße (rückwärtig),
 - Am Becketal
 - Beckstraße (rückwärtig)

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/406 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1567.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

5. Benennung eines neuen Mitglieds der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Frauen

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 22. Februar 2021
(Drucksache [20/412 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/187 S

Fragestunde

1. Einführung eines kommunalen Stoffwindelzuschusses zur Unterstützung von Eltern und zur Entlastung der Umwelt

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Januar 2021

2. Umgestaltung der Straße Am Wall zur Fahrrad-Premiumroute
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2021
 3. Auswirkung der Umgestaltung der Straße Am Wall zur Fahrrad-Premiumroute auf die lokale Wirtschaft
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2021
 4. Im September 2020 eröffneter Drogenkonsumraum – Gibt es schon messbare Erfolge?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2021
 5. Welchen neuen Sachstand gibt es bei der Abschaffung der Anliegergebühren?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2021
- Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
6. Drogenabhängige Menschen im Bereich des Bremer Hauptbahnhofs
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2021
 7. Carsharing: Wann und wie geht es in Huchting weiter?
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2021
 8. Ist die nette Toilette auch nett zu Obdachlosen?
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 26. Januar 2021
 9. Erweiterungsbau der Hochschule Bremen noch klimafreundlicher gestalten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Januar 2021
 10. Selbsthilfegruppen und Seniorintentreffs/Seniorentreffs
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 2. Februar 2021
 11. Winterdienst auf öffentlichen Behindertenstellplätzen
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 12. Februar 2021
 12. Illegale Müllentsorgungen auf dem Parkplatz an der Aussichtsplattform/Brokhuchtinger Landstraße
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (LKR)

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/188 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Stadtflucht und Abwanderung von Familien stoppen – Integrierten Stadtentwicklungsplan für Bremen schaffen und Eigentum stärken!“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/189 S

Gesundheit und Umweltschutz fördern – Einweggrills aus dem öffentlichen Raum verbannen!

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Dezember 2020

(Drucksache [20/372 S](#))

Der Senat wird aufgefordert, der Stadtbürgerschaft bis zum 31. März 2021 eine gesetzliche Regelung der Benutzung von Grillgeräten auf öffentlichen Flächen zur Beschlussfassung vorzulegen, die

1. die Benutzung von Einweggrills untersagt,
2. Gefahren für den Bodenbereich ausschließt,
3. das Grillen unter Baumkronen, auf Spielplätzen und in einem Abstand von 500 Metern zu Tiergehegen untersagt sowie
4. für Zuwiderhandlungen ein Bußgeld androht und
5. die ordnungsgemäße Entsorgung von Grillutensilien sowie die Nichtbeeinträchtigung Dritter sicherstellt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Inneres.

Nr. 20/190 S

Attraktive Alternativen für Einweggrills schaffen, bestehende Regelungen zur Erholung in Natur und Landschaft besser umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/396 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/191 S

Zentren- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Bremen - Fortschreibung

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/376 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Fortschreibung des Zentren- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Bremen zu.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/192 S

Fortsetzung und Intensivierung des Bremer Erinnerungskonzeptes Kolonialismus

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/378 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. das bremische Erinnerungskonzept Kolonialismus fortzusetzen und weiterzuentwickeln;
2. Ortsteilbeiräte bei der Identifizierung und Umbenennung von Straßen und öffentlichen Orten, deren Namen einen kolonialen Bezug haben, zu unterstützen; hierbei ist auch zu prüfen, ob es Hilfen für die Kosten geben kann, die Anwohnerinnen und Anwohnern durch eine Adressänderung entstehen;
3. falls es in Stadtteilen nicht zu einer Umbenennung von Straßen oder öffentlichen Orten mit kolonialem Bezug kommt, diese zumindest mit erklärenden Legenden über die koloniale Vergangenheit und Verbrechen zu versehen;
4. Vertreterinnen und Vertreter der vom Kolonialismus und strukturellem Rassismus Betroffenen einzuladen und mit deren maßgeblicher Beteiligung einen Weg aufzuzeigen, wie mit dem Bremer Bismarck-Denkmal, vor dem Hintergrund der problematischen Rolle Bismarcks im deutschen und europäischen Kolonialismus, weiter umgegangen werden soll;
5. die jährliche Gedenkfeier am 11. August als zentrale Gedenkveranstaltung bremischer Erinnerungskultur und durch eine Schirmherrschaft des Bürgermeisters zu stärken;
6. sich dafür einzusetzen, dass der deutsche und europäische Kolonialismus in den Lehrplänen der Schulen im Geschichts- und Politikunterricht, aber auch fächerübergreifend, verankert und stärker thematisiert wird, insbesondere im Hinblick auf die Rolle Bremens; die negativen Auswirkungen auf die ehemals kolonialiserten Länder sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die Rolle des Kolonialismus bei der Ausbildung eines strukturellen Rassismus in der heutigen Zeit;
7. die Bereiche Kolonialismus und Rassismus – sowohl im historischen Kontext als auch aktuell und insbesondere auch die Rolle und Verantwortung Deutschlands – in der Lehramtsausbildung im Land Bremen im Rahmen regelmäßiger Angebote abzudecken;
8. Forschungen und Schwerpunktsetzungen im Bereich „Deutsche Kolonialgeschichte“ an Universität und Hochschulen zu unterstützen und eine Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen und mit der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung“ zu prüfen;
9. eine offizielle Entschuldigung Deutschlands für den Völkermord an den Nama und Herero aktiv politisch zu unterstützen;
10. sich auf Bundesebene für die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte in Berlin oder in Bremen (als ehemalige Stadt der Kolonien) sowie für Dokumentationszentren in den in der kolonialen Geschichte eine wesentliche Rolle einnehmenden

norddeutschen Städten Bremen, Hamburg und Hannover einzusetzen;

11. der städtischen Deputation für Kultur sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Kultur zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/193 S

Mögliche Corona-Hilfsgelder für den Hans-Koschnick-Flughafen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)
vom 15. Februar 2021
(Drucksache [20/407 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/194 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 15

vom 19. Februar 2021
(Drucksache [20/411 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/195 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Den ÖPNV krisenfester aufstellen – Zusätzliche Fahrzeuge kurz- und langfristig bereitstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2020
(Drucksache [20/346 S](#))
2. Den ÖPNV krisenfester aufstellen – Zusätzliche Fahrzeuge kurz- und langfristig bereitstellen
Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 14. Januar 2021
(Drucksache [20/384 S](#))
3. Sicherheitsgefühl stärken – Stadtbild attraktiver machen: Anti-Graffiti-Initiative für Bremen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2021
(Drucksache [20/410 S](#))
4. „Hells Angels“ dürfen sich nicht wieder in Bremen etablieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/413 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 24. und 25. Februar 2021

Nr. 20/406

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetzliche Ermächtigungen für Hundeauslauf in Bremen einführen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege und des Feldordnungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/654](#))
2. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 14 vom 4. Dezember 2020
(Drucksache [20/738](#))
3. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
4. Lebenslanges Lernen als Berufsqualifizierung: Wird die Fort- und Weiterbildungsstruktur im Land Bremen dem Anspruch guter Bildungsqualität gerecht?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 30. November 2020
(Drucksache [20/725](#))
5. Welche Bedeutung hat die faire Verteilung und Organisation von Sorgearbeit in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/754](#))
6. Wird die Corona-Pandemie geschlechtergerecht bewältigt?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/761](#))
7. Prävention, Deradikalisierung und Gefahrenabwehr im Bereich Islamismus
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2021
(Neufassung der Drucksache [20/763](#) vom 21. Dezember 2020)
(Drucksache [20/837](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/407

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 22. Februar 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

vom 24. März 2020
(Drucksache [20/330](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Stellungnahme des Senats zum 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/597](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung und Stellungnahme des Senats

Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/816](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 24. März 2020 (Drucksache [20/331](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Stellungnahme des Senats zum 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 8. September 2020 (Drucksache [20/598](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 9. Februar 2021 (Drucksache [20/817](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von
Coronaverordnungen – 24. Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 18. Februar 2021
(Drucksache [20/835](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des
Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/408

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Jörg
Zager, Volker Stahmann, Martin Günthner, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD, Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und
Fraktion DIE LINKE sowie Maurice Müller, Sülmez Dogan, Dr. Henrike
Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine
Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Lloyd-Werft Bremerhaven:
Schiffbaukompetenz erhalten – Arbeitsplätze sichern!“.**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/409

**Verlust von Flügelausrüstung im deutschen Flugzeugbau droht:
Kernkompetenz am Bremer Airbus-Standort erhalten, „Flugzeug
von morgen“ gemeinsam entwickeln!**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der
CDU und der FDP
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/839](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) steht entschlossen zum Bremer
Airbus-Standort und unterstützt alle Anstrengungen, die
Forschung und Entwicklung, die Produktion wesentlicher

Komponenten und die qualifizierte Beschäftigung vor Ort zu sichern.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene weiterhin für den Verbleib der Flügelausrüstung am Airbus- Standort Bremen einzusetzen. Die „Prozesskette Wing-High-Lift“ ist eine Kernkompetenz der Flugzeugfertigung in der deutschen Luftfahrtindustrie.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, ihren Einfluss zu nutzen, um für alle deutschen Standorte ein für den Flugzeugbau systemrelevantes Arbeitspaket abzusichern.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest: Oberste Priorität aller Bemühungen ist es, den Bremer Standort in der Fertigungskette des Flugzeugbaus zu halten und ihn an der Entwicklung des „Flugzeugs von morgen“ zu beteiligen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht das Repair-Geschäft als zukunftsfähiges und der Nachhaltigkeit dienliches weiteres Arbeitsfeld an, es stellt jedoch keinen Ersatz für die Kernkompetenz in der Prozesskette in der Flugzeugproduktion dar.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht im Bremer Standort großes Potenzial für die weitere Entwicklung nachhaltiger Zukunftstechnologien in den Feldern „grünes Fliegen“ und Wasserstoff- und Materialforschung. Mit der Verbindung aus Engineering- und Fertigungskompetenz, dem Vorantreiben divisionsübergreifender Synergieeffekte in Zusammenarbeit mit der lokalen Forschungslandschaft und der bestehenden Kompetenzbündelung aus Wirtschaft und Wissenschaft (zum Beispiel im Rahmen des ECOMAT) liegen ideale Voraussetzungen vor, zukunftsweisende Forschung und Entwicklung in Bremen voranzubringen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit fortlaufend und regelmäßig zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/410

**Moderne Arbeit braucht einen modernen Rechtsrahmen:
Arbeitsstättenverordnung reformieren!**

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2021
(Drucksache [20/834](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/411

**Zweites Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher
Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus
der Corona-Krise**

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2021
(Drucksache [20/778](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Siehe Umlaufbeschluss des Senats vom 24.02.2021.

Nr. 20/412

**Zweites Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher
Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus
der Corona-Krise**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz
und Informationsfreiheit
vom 15. Februar 2021
(Drucksache [20/822](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Siehe Umlaufbeschluss des Senats vom 24.02.2021.

Nr. 20/413

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2021
(Drucksache [20/804](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/414

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2021
(Drucksache [20/824](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/415

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 16

vom 19. Februar 2021
(Drucksache [20/838](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/416

Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – Erste Verordnung zur Änderung der 24. Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/844](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/417

10. März: Tag der Solidarität mit Tibet

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der
CDU und der FDP
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/846](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen
Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass das Haus
der Bürgerschaft in diesem Jahr sowie in den Jahren 2022 und 2023
jeweils am 10. März mit der Flagge Tibets beflaggt wird.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/418

Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2019
(Drucksache [20/47](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/419

Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!

Bericht der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/642](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/420

Waren aus dem entfallenen Wintergeschäft sinnvoll verwenden – Entsorgung verhindern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Februar 2021
(Drucksache [20/833](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. unter Einbeziehung der City-Initiativen zu ermitteln, welche in Bremen und Bremerhaven ansässigen Einzelhändlerinnen und Einzelhändler von den Sonderregelungen im Rahmen der Überbrückungshilfe III Gebrauch machen und welche konkreten Mengen an Waren insgesamt in Bremen und Bremerhaven infolge

- der neuen Sonderregelungen vom Markt genommen oder anderweitig weitergegeben werden sollen;
2. im Austausch mit den City-Initiativen und den Unternehmen in Bremen und Bremerhaven Konzepte zum Umgang mit den Warenbeständen zu erarbeiten, die sie vor der Entsorgung bewahren (zum Beispiel Weitergabe zum Zweck der Spende);
 3. unter Beteiligung der City-Initiativen Kontakt mit Wohlfahrtsverbänden, Hilfsorganisationen und sozialen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven aufzunehmen, um konkrete Bedarfe nach bestimmten Waren zu identifizieren, und Spenden zu wohltätigen Zwecken zu ermöglichen; dabei ist sicherzustellen, dass keine Warenströme entstehen, die Textilmärkte anderer Länder bedrohen;
 4. zu prüfen, ob die anfallenden Mehrkosten (für Sammlung, Lagerung, Verteilung oder ähnlich) aus Mitteln des Bremen Fonds übernommen werden können;
 5. auf Bundes- beziehungsweise Europaebene auf eine Klärung der skizzierten rechtlichen Fragestellungen hinzuwirken und gegebenenfalls die Durchsetzung der Obhutspflicht (nach § 23 Absatz 2 Nr. 11 Kreislaufwirtschaftsgesetz) sicherzustellen;
 6. der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit und der staatlichen Deputation für Klima und Umwelt drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/421

Ein Auszubildenden-Wohnheim für Bremen realisieren

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Februar 2021
(Drucksache [20/821](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die Schaffung von Auszubildenden-Wohnheimen ist ein geeigneter Beitrag zur Sicherung von ausreichendem und angemessenem Wohnraum junger Menschen und zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.
2. Der dafür angedachte Standort Jacobus-Haus ist auch vor dem Hintergrund der erfolgreichen Zwischennutzung des Gebäudes

durch das Kulturnetzwerk Zucker e. V. und zugunsten einer zügigen Alternativstandortsuche nicht weiterzuverfolgen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Planungen für ein erstes Auszubildenden-Wohnheim im Land Bremen unverzüglich wieder aufzunehmen. Ziel ist ein Wohnraumangebot für Auszubildende, das mit den Konditionen des Studierendenwerks vergleichbar ist. Dazu ist
 - a) die Suche nach geeigneten Grundstücken oder Bestandsimmobilien im Eigentum der öffentlichen Hand, der städtischen Gesellschaften oder von interessierten gemeinnützigen Akteuren sowie die Klärung geeigneter Finanzierungskonzepte für das Bauvorhaben bis drei Monate nach Beschlussfassung vorzunehmen,
 - b) im Rahmen der Erstellung eines Finanzierungskonzepts das Gespräch über Finanzierungsbeiträge der Sozialpartner, beispielsweise über Handels-, Handwerks- und Arbeitnehmerkammer, zu suchen,
 - c) die identifizierte Immobilie mit dem zugehörigen Finanzierungskonzept, sofern erforderlich, zügig auszuschreiben und die Projektentwicklung und den Betrieb des Wohnheims mit sozialen Unternehmen zu vereinbaren.
4. Der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit ist regelmäßig über Fortschritt und Umsetzung zu berichten, erstmals drei Monate nach Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/422

Bremen als Notlageland für Alleinerziehende – Forderung nach Vorlage einer Senatsstrategie und eines Bildungs-, Arbeits- und Teilhabeprogramms anstelle von Aktionismus ohne Plan!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 16. Februar 2021

(Drucksache [20/829](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/423

„Aktionsplan Alleinerziehende“ Zwischenbericht zur Vorbereitung und zum Umsetzungsstand des Landesprogramms

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020

(Drucksache [20/563](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/424

Aktionsplan „Alleinerziehende“ auflegen

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2021

(Drucksache [20/814](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/425

Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/534](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/426

Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/590](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/427

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/428

Fragestunde

1. Personaldienstleister im Hafen
Anfrage der Abgeordneten Jörg Zager, Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. Januar 2021
2. Wissenschaftliche Begleitung der Impfkampagne gegen das Coronavirus SARS-CoV-2
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Janina Brünjes, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. Januar 2021
3. Reaktivierung der Bahnstrecke Moorexpress – Eine weitere Strecke für das Wasserstoff-Zeitalter?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Dr. Magnus Buhler, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 21. Januar 2021
4. Klatschen reicht nicht – Corona-Prämien in der Sozialen Arbeit
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 22. Januar 2021
5. Auslastung des Studienganges „Lehramt Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik an Gymnasien/Oberschulen“
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 26. Januar 2021
6. Armutssichernde Löhne bei Bewachungsdiensten im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 27. Januar 2021
7. Extremistische Strukturen der Partei DIE LINKE
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Januar 2021
8. Auswirkungen der Corona-Krise auf Mini-Jobberinnen und Mini-Jobber
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 27. Januar 2021
9. Verstoß gegen die Nebentätigkeitsverordnung durch den Bremerhavener Magistrat
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Januar 2021
10. Novellierung von Bremischen Landesgesetzen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Januar 2021
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Homeoffice für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 28. Januar 2021

12. Schwangerschaftsabbrüche in Bremerhaven endlich wieder ermöglichen

Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Ute Reimers-Bruns, Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. Februar 2021

13. Nach positivem Schnelltest infektiös durch die Stadt?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2021

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/429

Zeit für echte Gleichberechtigung: Parität in Bremer Parlamenten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 4. Februar 2021

(Drucksache [20/809](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft,
 - a) ein externes Rechtsgutachten zur Überprüfung einer Paritätsregelung im Bremischen Wahlgesetz in Auftrag zu geben, in dem die verfassungs- und wahlrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung von gesetzlichen Quotierungsregeln untersucht und konkrete Gesetzesformulierungen vorgeschlagen werden; dieses Gutachten soll sich auf die Bürgerschaft (Landtag), die Stadtbürgerschaft, die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung sowie auf die Beiräte beziehen; dabei sollen unter anderem folgende Fragen im Gutachten Berücksichtigung finden:

- aa) Inwiefern lässt sich eine paritätische Regelung, die mit der Bremischen Landesverfassung (BremLV) und dem Grundgesetz vereinbar ist, im Bremischen Wahlgesetz verankern?
 - bb) Inwieweit sind dabei die bisherigen Urteile zu den Paritätsgesetzen aus Brandenburg und Thüringen auf das bremische Recht übertragbar? Inwiefern bestehen rechtliche Bedenken für Bremen?
 - cc) Falls eine Verankerung eines Paritätsgesetzes verfassungsrechtlich nicht möglich erscheint, welche Änderungen der Landesverfassung wären notwendig, um ein Paritätsgesetz verfassungskonform verabschieden zu können?
- b) Dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau fortlaufend zu berichten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) beabsichtigt, den sich aus Ziffer 1 a) des Antrags ergebenden Gesetzesentwurf vor seiner endgültigen Verabschiedung gemäß Artikel 140 Absatz 1 BremLV, § 24 Gesetz über den Staatsgerichtshof dem Staatsgerichtshof zur Prüfung vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/430

Gesetz zum Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 – GlüStV 2021)

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2021

(Drucksache [20/777](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/431

Betrieb von Photovoltaik-Anlagen nach Ende der EEG-Förderung

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 8. September 2020

(Drucksache [20/596](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020

(Drucksache [20/663](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/432

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Digitalisierung und Klima- und Umweltschutz gemeinsam denken
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/612](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/686](#))
2. Für eine menschenwürdige Altenpflege – Präsenzquote flexibilisieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/631](#))
3. „Music was my first love“ – Musikclubs als Kulturorte anerkennen und fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/636](#))
4. Inklusion im Bremischen Wissenschaftssystem stärken – Barrierefreiheit und Interessenvertretung sicherstellen!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. September 2020
(Drucksache [20/638](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020
(Drucksache [20/747](#))

5. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2019
(Drucksache [20/51](#))
6. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/641](#))
7. Freiräume für Jugendvertretungen im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/648](#))
8. Gender Pay Gap in der Bremer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft verringern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/673](#))
9. Gemeinsam mit aller Kraft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Land Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. November 2020
(Drucksache [20/684](#))
10. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2020
(Drucksache [20/444](#))
11. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 3. Dezember 2020
(Drucksache [20/732](#))
12. Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/698](#))
13. Wie kommt Bremerhaven durch die Corona-Pandemie?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/752](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2021

(Drucksache [20/825](#))

14. Verfahrens- und Auswahlprozess im Handlungsfeld
„Klimaschutz“ schneller und transparenter gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/760](#))
15. Präventive Schuldnerinnen-/Schuldnerberatung weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE
LINKE
vom 20. Januar 2021
(Drucksache [20/783](#))
16. International verpflichtendes Meldesystem für auf See
verlorengegangene Container einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/791](#))
17. Arbeitsschutz stärken, Beschäftigte schützen
Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/800](#))
18. Anerkennung einer Berufskrankheit durch SARS-CoV-2 für
weitere Berufsgruppen
Antrag der Fraktion der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die
Grünen
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/801](#))
19. Die EU-Whistleblower-Richtlinie umfassend umsetzen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE
LINKE
vom 27. Januar 2021
(Drucksache [20/802](#))
20. Bleimunition verbieten! – Gesetz zum Verbot bleihaltiger
Munition bei der Jagdausübung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE
LINKE
vom 14. Januar 2021
(Drucksache [20/776](#))
21. Bienenbestand im Land Bremen statistisch erfassen und
schützen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/811](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/840](#))

22. Kindersicherheit stärken, Bußgelder erhöhen!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/812](#))
23. Faxgeräte in der Bremer Verwaltung überflüssig machen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKEN
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/813](#))
24. Stufenweiser Wiedereinstieg: Sport ermöglichen und Gesundheit schützen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/845](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.